

„Die Handschrift auf den Körpern der ermordeten Frauen von Ciudad Juárez“

Rita Laura Segato über „Territorium, Souveränität und Verbrechen des zweiten Staates“

Rita Lauro Segato, Anthropologin an der Universität in Brasília, hat sich dem Thema der ungeklärten Frauenmorde in Ciudad Juárez aus wissenschaftlicher Perspektive angenähert. Sie stellt die These auf, dass die Frauenmorde ein Mittel der Kommunikation sowohl nach innen als auch nach außen sind – verantwortlich sind demnach Personen, die vermutlich dem Bereich des Drogenhandels, eng verstrickt mit den Polizeibehörden und der High Society (vgl. Interview mit Marisela Ortiz) angehören. Damit soll zum einen die Loyalität und die Verbrüderung innerhalb dieser Verbindungen (Frau Segato nennt sie *fraternidades*, Bruderschaften) zum Ausdruck kommen, als auch nach außen das Territorium, d. h. der Wirkungsbereich abgegrenzt werden.



„Gerechtigkeit für die Frauen“

(ssch) Frau Segato beschäftigte sich zwischen 1993 und 1995 in ihren Forschungsarbeiten mit der Denkstruktur von Straftätern, die wegen Vergewaltigung zu Gefängnisstrafen im Gefängnis von Brasília verurteilt waren. Damals konnte sie anhand der geführten Interviews die grundlegende feministische These untermauern, dass sexuelle Verbrechen nicht das Werk von fehlgeleiteten Einzelpersonen sind, nicht das Ergebnis geistiger Krankheiten oder sozialer Anomalitäten, sondern der Ausdruck einer zugrunde liegenden symbolischen Struktur, die unsere Handlungen und Phantasien prägt und sie dadurch verstehbar

macht. In anderen Worten: Der Aggressor und die Gesellschaft teilen gleichermaßen ein Geschlechterbild, sie sprechen die gleiche Sprache und können sich verstehen. Die Interviews enthüllten mit großer Deutlichkeit, dass die Vergewaltiger in den meisten Fällen nicht in der Einsamkeit handelten und keine asozialen Tiere sind, die ihren Opfern aus dem Hinterhalt aufzulauern, sondern Teil der Gesellschaft und dass sie sich in einer „Nische der Kommunikation“ aufhalten, in die eingedrungen und die damit auch verstanden werden kann.

Frau Segato begann, sich auch mit der Serie von Frauenmorden in Juárez

zu beschäftigen und eine Theorie zu entwickeln, die diese Morde verständlicher und begreifbarer macht. Als sie daraufhin im Juli 2004 von den Mitarbeiterinnen der Organisationen *Nuestras Hijas de Regreso a Casa* und *Epikieia* auf ein Forum über den *feminicidio* nach Juárez eingeladen wurde und sie dort ihre Thesen in einem Interview auf einem lokalen Fernsehsender vorstellen wollte, fiel für genau die Dauer des Interviews die Ausstrahlung des Senders aus.

Dies war nicht der einzige sonderbare Zwischenfall. Als sie im Forum ihren ersten Vortrag gehalten hatte, wurde der Körper einer ermordeten Maquiladora-Arbeiterin gefunden. Der Körper lag an der gleichen Stelle, an der im vorhergehenden Jahr eine andere Frauenleiche gefunden worden war; die Mutter der Toten war die Frau, mit der Frau Segato am Vorabend ein Interview geführt hatte. Frau Segato wurde daraufhin von den Mitarbeiterinnen der Organisationen nahe gelegt, die Stadt zu verlassen, da ihre Sicherheit nicht gewährleistet werden konnte und durch diese Zwischenfälle – nicht mit Worten ausgesprochen, durch die Vorfälle jedoch deutlich genug – klar gemacht werden sollte, dass einige Personen die Nachforschungen von Frau Segato nicht zulassen würden.

Dies zeigte Frau Segato, dass sie sich plötzlich innerhalb des Kommunikationskodexes befand und dass die Spuren, die sie verfolgte, zum Ziel führen könnten.

Das Modell des feminicidio

Frau Segato stellte in ihren Untersuchungen zunächst fest, dass die Morde an jungen Frauen, denen sowohl vom Opferprofil als auch von der Vorgehensweise ein auffällig gleiches Muster zugrunde liegt, von den Behörden, von Polizei und der Öffentlichkeit als Taten wahrgenommen bzw. dargestellt werden, die überall auf der Welt in dieser Form stattfinden können, als Taten, die sexuell motiviert sind und für die jeweils ein einzelner Täter oder eine bestimmte Gruppe verantwortlich ist. Oft wird die Täterschaft auf einen Personenkreis bezogen, der sich ohnehin am Rande der Gesellschaft bewegt, wie die *narcos* (Drogenhändler). Die Verbrechen werden behandelt wie an jedem anderen Ort in Mexiko, in Zentralamerika oder auf der ganzen Welt: Verbrechen, die aus Leidenschaft begangen werden, im Rahmen häuslicher Gewalt und des sexuellen Missbrauchs, als Vergewaltigungen von Triebtätern, als Morde im Milieu des Drogen- und Frauenhandels, Verbrechen für pornografische Filme, Organhandel etc.

Wie ein Nebelvorhang verhüllen diese Interpretationen einen zentralen Kern, der die besonderen Eigenschaften dieser Verbrechen zeigt, die in allen Fällen übereinstimmen: Die jungen Frauen entsprechen einem bestimmten physischen Bild, sie werden entführt und einige Tage eingesperrt, gefoltert und einer Massenvergewaltigung ausgesetzt, verstümmelt, misshandelt und gewürgt und anschließend ermordet. Spuren und Beweise werden von der Justiz verwischt, vertauscht oder gehen verloren, RechtsanwältInnen und JournalistInnen, die recherchieren, werden bedroht und es werden immer wieder willkürlich falsche Personen beschuldigt, die Verbrechen begangen zu haben. Die Verbrechen werden seit 1993 ununterbrochen begangen und scheinbar gibt es weder Untersuchungen, die glaubhaft eine bestimmte Richtung zur Aufklärung verfolgen, noch wurden Ergebnisse sichtbar. Berücksichtigt man diese bei allen Opfern gleichen Umstände, wird schnell deutlich, dass dies keine Verbrechen sind, die mit dem Motiv „sexuell motiviert“ klassifiziert werden können.

Frau Segato geht anhand der Er-

gebnisse ihrer Forschung mit Vergewaltigern davon aus, dass auch in der Vergewaltigung eine Kommunikationsstruktur eingegraben ist. Mit dem Akt



Angehörige bei der Suche nach verschwundenen Frauen in der Wüste

der Vergewaltigung wird die absolute Dominanz, Hoheit und Kontrolle über die Frau ausgedrückt. Dies wird den anderen vorgeführt, der Ausführende setzt damit im Opfer sozusagen sein Zeichen. Der Tod der ausgewählten Vergewaltigungs- und Mordopfer, die dem Akt der Dominierung ausgesetzt sind, ist ein Tod, der etwas zum Ausdruck bringt, und kein Tod, der aus dem Verbrechen heraus begangen wird. Wenn die Vergewaltigung eine Mitteilung ist, braucht sie notwendigerweise auch einen oder mehrere Gesprächspartner, die physisch damit erreicht werden oder in den Gedankenstrukturen aufgesucht werden können.

Der Vergewaltiger richtet seine Botschaften entlang zweier Kommunikationsachsen aus (und nicht, wie üblicherweise vermutet wird, an einer, nämlich der Achse der exklusiven Kommunikation mit dem Opfer). In der vertikalen Achse ist das Opfer der Adressat. Dieser Diskurs hat eine moralische und strafende Bedeutung: der Vergewaltiger ist der Verteidiger der sozialen Moral, da er über das Schicksal der Frau, das darin besteht, besessen, dominiert, diszipliniert und beschnitten zu werden, wacht. Dadurch wird in dieser Vorstellung der Geschlechterverhältnisse die Hoheit gesichert und reproduziert. Es ist jedoch

auch möglich, eine horizontale Achse zu entdecken. Hier kommuniziert der Vergewaltiger auf verschiedene Weise mit seinesgleichen: er erbittet die Aufnahme in die Gemeinschaft und aus dieser Perspektive ist die vergewaltigte Frau so etwas wie das Opfer im Initiationsritus. Der Vergewaltiger wetteifert mit den anderen und zeigt, dass er der Aufnahme würdig ist, besetzt einen Platz in der männlichen Bruderschaft und wird sich hocharbeiten in einem System, das nur die hierarchische Sprache und die pyramidale Organisation kennt. Der männliche Status ist demnach an seine Beschaffung gekoppelt, er muss immer wieder bestätigt werden und fordert seinen Tribut, nämlich die Frauen als Opfer.

Los „dueños“ de Ciudad Juárez

Wenn man die Mordfälle von Ciudad Juárez nach diesem zugrunde liegenden Motiv betrachtet, so wird schnell deutlich, dass die Mörder die wahren „Eigentümer“ von Juárez sind. Sie erlangen die Kontrolle und die Hoheit über die Stadt, indem sie die Frauen der Stadt umbringen. Es ist ebenso daraus zu schließen, dass es Personen mit großer ökonomischer Macht sind, die in Gruppen agieren und mafiaähnliche Strukturen aufgebaut haben. Diese Strukturen, die Frau Segato *cofradías* (Bruderschaften) nennt, sind vermutlich Gruppen von reichen und mächtigen Unternehmern, Drogenhändlern, verbunden mit mächtigen Personen aus Polizei, Justiz, Politik und dem gesellschaftlichen Leben von Juárez. Diese Verbindungen kommen alten feudalen Strukturen nahe und ähneln einer postmodernen Variante des „Rechts auf die erste Nacht“, in dem der Ausübende mit dem Recht über den Körper der Frauen die absolutistische Herrschaft über seine Leibeigenen hinaus ausdehnt. In der gegenwärtigen, mehr als grausamen postmodernen, neoliberalen, poststaatlichen und -demokratischen Ordnung bekommen die heutigen Machthaber, die *Barones*, die Möglichkeit, die fast absolute Kontrolle über ihre Territorien zu erhalten. Dies geschieht aufgrund der unkontrollierten Akkumulationsprozesse, welche Merkmale sind für

Grenzregionen, die dazu ausgeweitet werden durch die Globalisierung der Ökonomie und die gelockerten gültigen Regeln für den neoliberalen Markt. Die einzige Regulierungskraft und Kontrolle dieser herrschenden Gruppen liegt in der Gier der konkurrierenden Gegner und in ihrer Stärke, sie auszubooten und zu enteignen. Dieser „regionale Mikrofaschismus“, wie Frau Segato dieses Phänomen nennt und die totalitäre Kontrolle der Provinz begleiten die Dekadenz der öffentlichen Ordnung auf dieser Seite der großen Grenze und fordern mehr denn je die Anwendung von Mitteln der Justiz und Kontrolle internationalistischer Prägung.

Diese Forderung nach Rechtsstaatlichkeit und Kontrolle entspringt den gemachten Erfahrungen, dass Nachforschungen der mexikanischen Behörden, der Polizei und der lokalen Justiz so schleppend vorwärts gingen, dass man in diesen Fällen seit langem von systematischer Straflosigkeit spricht. Die Morde werden nicht nur von der herrschenden Straflosigkeit gedeckt, sondern auch das Gegenteil ist der Fall: die Morde verursachen die Straflosigkeit. Möglich ist so etwas in einem sogenannten „zweiten Staat“ im Staat: einem Parallelstaat, der sich entwickelt und erstarkt durch die Schwächung der Institutionen der Regierung.

Die Justiz ist gefordert

Diese Analysen von Frau Segato, die die Mechanismen und Strukturen klar benennen und den Schleier des scheinbar Unerklärlichen dieser Frauenmordserie etwas lüften, finden sich dann auch wieder in den Forderungen der Organisationen, die in Ciudad Juárez arbeiten. Wie notwendig das Eingreifen der Justiz und der Regierung in diesen Fällen ist, betonen alle MitarbeiterInnen dieser Einrichtungen. Denn nur in einer Gesellschaft, die die hierarchischen und machistischen Strukturen ständig reproduziert, ohne dass mit rechtsstaatlichen Mitteln konsequent dagegen vorgegangen wird, ist es möglich, dass sich über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren Morde an Frauen in der Art und Weise ereignen, wie es in Ciudad Juárez der Fall ist.

Es geht auch anders

Eine große Mehrheit der Bevölkerung Uruguays votierte Ende 2004 in einem Volksentscheid für eine Verfassungsänderung, die eine Privatisierung des Wassersektors unmöglich macht.

(we) BefürworterInnen von Privatisierungen hatten es nie leicht in Uruguay. Zwar teilt das Land mit fast allen Staaten der Hemisphäre die bittere Erfahrung, dass die Militärdiktaturen der 70er und 80er Jahre nicht nur Terror gegen die linke Opposition ausübten, sondern wirtschaftspolitisch die Weichen hin zu einer Öffnung der Märkte stellten und die Privatisierung öffentlichen Eigentums vorantrieben. In Uruguay beschränkte sich diese „neoliberale“ Wirtschaftspolitik jedoch weitestgehend auf die Öffnung und Deregulierung des Finanzsektors(1), Öffentliche Dienstleistungen blieben zumeist in staatlicher Hand. Auch nach dem Ende der Diktatur gelang es den sich abwechselnden liberalen und konservativen Regierungen – trotz der massiven Intervention internationaler Finanzorganisationen – nicht, eine offene Privatisierungspolitik durchzusetzen, wie sie beispielsweise die Regierung Menem im Nachbarland Argentinien betrieb. Ursächlich mit dem Scheitern eines solchen Vorhabens verbunden ist die Besonderheit der uruguayischen Verfassung, die der Bevölkerung weitgehende Entscheidungsmöglichkeiten mittels Volksabstimmungen zuspricht(2). Hinzu kam, dass die neoliberale Ideologie, dass sich der Staat aus möglichst allen Bereichen zurückziehen solle, die auch von privaten Anbietern abgedeckt werden könnten, in Uruguay nicht hegemonisch werden konnte. Zu positiv ist in Uruguay der Bezug auf den Sozialstaat, auch wenn viele Leistungen in den vergan-

genen Jahrzehnten schrittweise zurückgefahren wurden.

1992 scheiterte denn auch der Versuch der uruguayischen Regierung, analog zu der Politik in den Nachbarländern staatliche Betriebe und Dienstleistungen zu privatisieren. Zwar passierte ein entsprechendes Gesetz gegen den Widerstand der linken Opposition alle parlamentarischen Hürden, jedoch bereitete die Bevölkerung dem Vorhaben ein jähes Ende – in einer Volksabstimmung wurde das Gesetz für nichtig erklärt(3). Seitdem versucht die Regierung, die Freiräume zu nutzen, die das Plebiszit offen ließ. Sie umging das Privatisierungsverbot, indem sie „nur“ Konzessionen an PrivatinvestorInnen vergab, die damit jedoch de facto die Verfügungs- und Vermarktungsgewalt übertragen bekamen. Ferner wurden neue Geschäftsfelder in bislang öffentlichen Bereichen für das private Kapital geöffnet. So konnte beispielsweise mit dem Plebiszit von 1992 zwar die Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft und damit des Festnetzes verhindert werden. Das danach aufgebaute Mobilnetz war aber von dem Privatisierungsverbot nicht betroffen. Gerade mit so genannten „Deregulierungen“ wurden öffentliche Sektoren schrittweise dazu gezwungen, ihre sozialen Aufgaben dem Primat des Marktes unterzuordnen. Und schließlich versuchten die liberalen und konservativen Regierungen bis zuletzt, einzelne öffentliche Unternehmen zu privatisieren, was aber immer wieder durch Volksabstimmungen verhindert wurde.

Wasser als unbezahlbares Luxusgut

1998 begann auch die Liberalisierung des Wassersektors. Ein Konsortium aus uruguayischen InvestorInnen – das später mehrheitlich vom französi-



Wasser, ein unbezahlbares Luxusgut

schen Suez-Konzern übernommen wurde, einem der weltweit größten privaten Wasserunternehmen – erhielt für 25 Jahre die Konzession für die Wasserver- und Abwasserentsorgung in einem schmalen Küstenstreifen im Bundesstaat Maldonado. Diese Region östlich von Montevideo gilt als reich, viele wohlhabende HauptstädterInnen haben sich dort niedergelassen und der Bundesstaat ist auch ein Zentrum des nationalen wie internationalen Tourismus. Hintergrund der Konzessionsvergabe war, dass sich der uruguayische Staat nicht in der Lage sah (oder nicht Willens war), in der prosperierenden Region das Abwassersystem zu erweitern beziehungsweise neu aufzubauen. Dementsprechend wurde in der Konzessionsvereinbarung lediglich die Verpflichtung für die InvestorInnen festgeschrieben, ein neues Abwassersystem aufzubauen.

Unzweifelhaft ist das Suez-Konsortium dieser Verpflichtung in den vergangenen Jahren auch nachgekommen, aber es wurde – wie es Alicia Araujo, Angestellte des staatlichen Wasserversorgers OSE formuliert – „ein Netz nur für die Reichen aufgebaut“. Denn während im Rest des Landes der staatliche Wasserversorger monatlich rund 10 Euro Gebühren für den Wasser- und Abwasseranschluss pro Monat erhebt, müssen die BewohnerInnen in dieser Region monatlich rund 70 Euro zahlen. Für die Reichen mag dies eine ärgerliche aber verkraftbare Mehrausga-

be sein, für die normale Bevölkerung in der Region, deren Einkommen bei zwei- bis dreihundert Euro im Monat liegt, wurde Wasser dadurch zum unbezahlbaren Luxusgut. Etliche Teile des Versorgungsnetzes (vor allem Gemeinschaftsbrunnen in marginalisierten Zonen) wurden vom neuen Betreiber auch von der Versorgung abgeschnitten, da die neuen Tarife nicht bezahlt werden konnten. Um eine Revolte der von der Versorgung Abgeschnittenen zu verhindern, verpflichtete sich die Regierung, den Wasser- und Abwasseranschluss für diese Zonen beim Suez-Konsortium zu bezahlen(4).

Kein Gewinn, keine Investition

Auch die Erfahrungen aus der zweiten Konzessionsvergabe im Wassersektor bestätigten die Befürchtungen der PrivatisierungsgegnerInnen. Im Jahr 2000 übertrug die uruguayische Regierung die Konzession für den Rest der Provinz Maldonado an das spanische Versorgungsunternehmen Agua de Bilbao. Als Konsequenz der Erfahrungen mit dem Suez-Konsortium wurde hierbei – neben der Verpflichtung, das Abwassernetz zu erweitern – aber ein Verbot von Tarifierhöhung über die der öffentlichen Versorger vereinbart. Ebenso verpflichtete sich das Unternehmen, jährlich einige Millionen US-Dollar an Konzessionsgebühren an den Staat abzuführen. Im Gegenzug wurde vor der Konzessions-

vergabe das Wassernetz mit staatlichen Mitteln saniert. 70 Millionen US-Dollar kosteten diese Arbeiten der öffentlichen Hand – für Uruguay eine Rieseninvestition, die nur mit Krediten finanziert werden konnte. Als Folge müssen nach Angaben von Alicia Araujo momentan rund zehn Prozent der Einnahmen des öffentlichen Wasserversorgers OSE für Schuld- und Tilgungszahlungen an die Gläubiger dieses Kredites aufgebracht werden. Wer jedoch erwartete, dass Agua de Bilbao seinen Verpflichtungen nachkam, sah sich bald enttäuscht. Das Geschäft war für den Investor weniger lukrativ als erwartet; und spätestens als im Zuge der Krise des uruguayischen Finanzsektors Anfang des Jahrzehnts der uruguayische Peso im Vergleich zum US-Dollar die Hälfte seines Wertes verlor, waren keine dicken Gewinne mehr möglich. Agua de Bilbao verpflichtete sich nämlich, die Konzessionszahlungen in US-Dollar zu entrichten, die eigenen Einnahmen blieben jedoch in Peso. Als Konsequenz daraus liegen die versprochenen Investitionen seit Jahren auf Eis und der Eindruck entsteht, dass Agua de Bilbao lieber heute als morgen aus dem Konzessionsvertrag (der eine Laufzeit von 30 Jahren hat) aussteigen würde. Dem uruguayischen Staat blieb das ungelöste Problem der Abwasserentsorgung in der Region sowie ein großer gewordener Schuldenberg.

Breites Bündnis „für das Wasser“

Vor diesem Erfahrungshintergrund bildeten sich Gruppen und Bündnisse, die als Konsequenz einen Stopp weiterer Konzessionsvergaben und die Annullierung der bestehenden Vereinbarungen forderten. Dabei war und ist die Zusammensetzung des Bündnisses äußerst heterogen: Geschäftsleute aus Maldonado, die sich über hohe Tarife beschwerten, verbündeten sich mit VertreterInnen von Umwelt-NGOs, GewerkschafterInnen des öffentlichen Dienstes und VertreterInnen linker politischer Organisationen. Auch gelang es dem Bündnis, öffentlich bekannte Persönlichkeiten für ihr Anliegen zu gewinnen – allen voran den international renommierten uruguayischen

Schriftsteller und Journalisten Eduardo Galeano.

Ziel des Bündnisses war eine Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung, mit der der Zugang zu Trinkwasser zum Menschenrecht erklärt, jedwede Privatisierung (ob in Form eines Verkaufes oder „nur“ einer Konzessionsvergabe) des Wassersektors unmöglich gemacht und die demokratische Kontrolle in diesem Bereich ausgeweitet werden sollte (siehe Kasten). Zum Schluss waren rund 45 Organisationen in dem Bündnis zusammengeschlossen und es gelang, über 280.000 Unterschriften für die Durchführung des Plebiszits zu sammeln – 50.000 mehr als notwen-

Landes gewählt. Direkt nach dem dreifachen Wahlerfolg begann jedoch der Streit um die Konsequenzen, die aus der Verfassungsänderung erwachsen. Vázquez beeilte sich klarzustellen, dass durch die neuen Verfassungsartikel zwar in Zukunft Konzessionsvergaben ausgeschlossen würden, die bestehenden Verträge aber davon nicht betroffen seien – eine Position, die er mit dem künftigen Wirtschafts- und Finanzminister Astori teilt. Nach heftigen Protesten von Seiten der PrivatisierungsgegnerInnen musste Vasquez seine Äußerung wieder zurücknehmen.

Für die AktivistInnen des Anti-Privatisierungsbündnisses ist die Sache klar: Mit Inkrafttreten der neuen

gesagt wird, die bestehenden Verträge sind davon nicht betroffen.“

So umstritten momentan die politisch-juristischen Konsequenzen sind, so unklar ist auch die Zukunft der privaten Wasserversorger in Uruguay. Zwar gibt es Anzeichen dafür, dass Agua de Bilbao freiwillig den Konzessionsvertrag auflösen würde – wahrscheinlich gegen eine entsprechende „Entschädigung“. Das Suez-Konsortium hingegen hat bereits angekündigt, in Uruguay bleiben zu wollen. Schließlich laufen die Geschäfte profitabel und – wie Robert Grosse vom Casa Bertolt Brecht in Montevideo hinzufügt – gibt es auch strategische Gründe für Suez am Rio de la Plata präsent zu sein: „Die Motive der internationalen Unternehmen, hier in der Region Fuß zu fassen, finden sich in erster Linie nicht in den begrenzten Märkten. Die paar Millionen Wasserkundinnen und Kunden, die es hier gibt, sind nicht von großem strategischen Interesse. Aber Uruguay liegt auf dem weltweit zweigrößten Süßwasser-Reservoir, dem Acuífero Guraní. Dieses Grundwasservorkommen schließt große Teile Süd-Brasiliens und Nordost-Argentiniens und Uruguay ein.“

Wem gehört der Staat?

Neben all diesen Ungewissheiten über die tatsächlichen Konsequenzen der Verfassungsänderung steht die uruguayische Gesellschaft – und vor allem die Linke – vor einer weiteren Herausforderung. Aus der Erfahrung, dass in der Vergangenheit öffentliche Unternehmen oft dazu dienten, den Sprösslingen der nationalen Eliten einen lukrativen Job zu verschaffen und dass die Einnahmen des Staates auf Privatkonten umgeleitet wurden, beinhaltet die beschlossene Verfassungsänderung auch einen Passus, der eine partizipative Teilhabe und Kontrolle der Gesellschaft bei der öffentlichen Wasserversorgung vorschreibt.

Wie dies konkret auszusehen hat und welche Strukturen dazu geschaffen werden müssen, ist noch weitgehend unklar. In der uruguayischen Gesellschaft gibt es noch keine entsprechenden Erfahrungen, auf die hier zurückgegriffen werden könnte. Der monatelangen Auseinandersetzung um das Ei-



Das Wasser zu privatisieren heisst das Leben zu privatisieren

dig. Im Wahlkampf für die Verfassungsänderung, über die gleichzeitig mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgestimmt wurde, unterstützte auch das linke Parteienbündnis Frente Amplio offen die Verfassungsänderung.

Umstrittene Konsequenzen

Am 31. Oktober 2004 wurde die Verfassungsänderung mit über 60 Prozent der Stimmen angenommen – gleichzeitig gewann Frente Amplio die Parlamentswahlen und mit Tabaré Vázquez wurde das erste Mal in der uruguayischen Geschichte ein Vertreter der Linken zum Präsidenten des

Verfassungsartikel werden auch alle bestehenden Verträge illegal. Die Interpretation von Teilen der neuen Regierung, dass die Bestimmungen nicht rückwirkend gelten würden, halten sie für nicht haltbar. Carlos Santos von der Umweltorganisation REDES zieht den Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Bereichen, um die Unsinnigkeit dieser Interpretation zu verdeutlichen: „Stellt euch vor, es würde eine Verfassungsänderung beschlossen, die den Großgrundbesitz für illegal erklären würde – und die Regierung sagte, dies betreffe aber nicht die bestehenden Eigentumsverhältnisse. Dies wäre absurd. Dasselbe gilt jetzt für das Privatisierungsverbot, wenn

gentum am Wasser wird wohl eine nicht weniger intensive um die Kontrolle dieses Eigentums folgen müssen. Oder wie es Eduardo Galeano auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre formulierte: „Wir haben es geschafft, dass das Wasser in den Händen des Staates bleibt. Jetzt müssen wir uns fragen: Wem gehört der Staat?“

- (1) Interessanterweise war es eben jener deregulierte Finanzsektor, der Anfang des Jahrzehnts zusammenbrach und Uruguay in eine tiefe Rezession stürzte.
- (2) Auch wenn diese Form der direkten Demokratie schon lange in der uruguayischen Verfassung verankert ist, haben Volksabstimmungen als Machtinstrument der linken Opposition eine relativ kurze Geschichte. Jahrzehntlang dienten Plebiszite als Mittel der Regierenden, der eigenen Politik eine größere Legitimierung zu geben. Und auch nach der Militärdiktatur musste die Linke zunächst eine schwere Niederlage einstecken.

Der Guarani, einer der größten Grundwasserspeicher der Welt



- (3) Ausgespart von diesem Privatisierungsverbot blieb jedoch auf Grund einer Besonderheit des Plebiszits die Veräußerung der staatlichen Fluglinie und der Gaswerke.
- (4) Was de facto einer öffentlichen Subventionierung des Konsortiums gleichkommt.

Die neuen Verfassungsartikel Auszüge

Artikel 47

Das Wasser ist ein natürlicher Rohstoff, der für das Leben unentbehrlich ist. Der Zugang zu Trinkwasser und Abwasserentsorgung bilden grundlegende Menschenrechte.

- 1) Die nationale Politik wird im Wasser- und Abwasserbereich basieren auf:
 - a) (...) Bewahrung und Schutz der Umwelt und der Wiederherstellung der Natur.
 - b) dem nachhaltigen, mit künftigen Generationen solidarischen Management der Wasservorkommen und der Bewahrung des Wasserkreislaufs. Beides ist von allgemeinem Interesse. Die Nutzer und die Zivilgesellschaft werden in allen Stufen der Planung, des Managements und der Kontrolle der Wasservorkommen beteiligt (...)
 - c) der Festlegung von Prioritäten für die Nutzung des Wassers nach Regionen, Wassereinzugsgebieten oder Teilen von diesen; dabei hat die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser oberste Priorität.
 - d) dem Prinzip, nach dem bei der Bereitstellung von Dienstleistungen im Trinkwasser- und Abwasserbereich soziale Gründe Vorrang vor wirtschaftlichen haben müssen.
- Jede Ermächtigung, Konzession oder Erlaubnis, die in irgendeiner Hinsicht die vorherigen Bestimmungen verletzt, muss außer Kraft gesetzt werden.
- 2) Die Oberflächengewässer sowie die Grundwasservorkommen, mit Ausnahme des Regenwassers, das in den Wasserkreislauf eingebunden ist, bilden einen einheitlichen Rohstoff, der dem allgemeinen Interesse untergeordnet ist, und Teil der öffentlichen, staatlichen Sphäre (...)
- 3) Die öffentliche Abwasserentsorgung und der öffentliche Dienst der Wasserversorgung für den menschlichen Konsum werden ausschließlich und direkt durch staatliche juristische Personen geleistet.
- 3) Mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit der Mitglieder beider Kammern können Wasserlieferung an ein anderes Land genehmigt werden, wenn dieses unterversorgt ist, sowie aus Gründen der Solidarität.

(...)

Umsetzungsbestimmungen:

Die Entschädigungszahlungen, die mit Inkrafttreten dieses Gesetzes einhergehen, beinhalten keine Entschädigung für entgangene Gewinne, es werden einzig nicht-amortisierte Investitionen erstattet.